

# Das Globale Gemeinwohl gestalten

Bericht zum L7-Gewerkschaftsdialog am 12. und 13. Mai 2022



Unter dem Leitmotiv *Fortschritt für eine gerechte Welt* übernahm die deutsche Bundesregierung den Vorsitz der G7 für 2022. Im *Labour 7 Dialogue*, einem von sieben zivilgesellschaftlichen Dialogforen der G7, begleiten und beeinflussen die Gewerkschaftsdachverbände der G7-Staaten den politischen Prozess im Interesse der Arbeitnehmer\*innen und einer demokratischen Zivilgesellschaft. Nach einem Treffen der Gewerkschaftsführung der G7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA) am 11. Mai mit Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundeskanzleramt, fand am 12. und 13. Mai in der FES die Konferenz des L7 Gewerkschaftsdialogs statt. Als Plattform für den gewerkschaftlichen Dialog auf Führungsebene war es das Hauptziel, gemeinsame Positionen zu bevorstehenden globalen Herausforderungen wie gerechtem Klimawandel, Digitalisierung und Krisenmanagement untereinander und mit Entscheidungsträger\*innen zu diskutieren und den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber dem G7-Gipfel Nachdruck zu verleihen. Nach zwei Jahren Corona-Restriktionen war es für die meisten Gewerkschaften das erste Treffen in Person, entsprechend lebhaft und engagiert war die Beteiligung der Teilnehmenden an den Debatten zu den verschiedenen Themenblöcken.

Der L7-Gewerkschaftsdialog wurde vom Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung **Martin Schulz** eröffnet. Er betonte die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit als ein zentrales Standbein des Selbstverständnisses der Friedrich-Ebert-Stiftung und bekräftigte die Stärkung des internationalen Gewerkschaftsdialogs und die Förderung ihrer Arbeit als Interessenvertretung als eine dauerhafte und prioritäre Aufgabe des FES. Bezugnehmend auf die aktuelle politische Krise, ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, hob er hervor, dass dies auch ein Angriff auf uns alle



sei, auf die freiheitlichen und demokratischen Werte, für die wir alle, insbesondere auch die Gewerkschaften stehen. Darüber hinaus wies er auf die sozialen Folgen des Krieges weltweit als große Herausforderung hin und betonte die Notwendigkeit der Verteidigung des EU-Friedensprojekts.

**Yasmin Fahimi**, neugewählte Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB legte den Schwerpunkt ihrer Begrüßung auf die weitere internationale Zusammenarbeit des DGB. Mit einer



Referenz an das neue politische Schlagwort der „Zeitenwende“, fragte sie nach deren Agenda und Prinzipien und den Instrumenten mit denen darin soziale Gerechtigkeit umgesetzt werden kann. Angesichts der aktuellen geo-politischen Polarisierung forderte sie eine neue „Allianz der Verlässlichen“, die sich auf ein regelbasiertes Vorgehen zur Erreichung gemeinsamer Ziele einigen. Dazu gehören auch die vom DGB voll unterstützten Klimaziele, wobei Yasmin Fahimi nachdrücklich unterstrich, dass diese nicht über die Köpfe der Beschäftigten

hinweg erreicht werden könnten, sondern nur mit ihnen. Darin eingebettet sah sie die Digitalisierung, die bei vielen eine durchaus ambivalente Einstellung hervorruft. Auch bei der Digitalisierung ginge es um „Sicherheit im Wandel“. Gleichmaßen sieht sie die Frage der Gewerkschafts- und Menschenrechte als wichtiges Thema und begrüßt die Bemühungen um eine gesetzliche Regelung der Sorgfaltspflichten in den globalen Lieferketten. Hier sieht Yasmin Fahimi auch eine wichtige Rolle für die Handelsabkommen der EU, sie forderte einen europäischen Rahmen, der Menschen- und Arbeitnehmer\*innenrechte sowie verpflichtende Kontrollmechanismen umfasst.

**Marianna Mazzucato**, Professorin für Wirtschafts- und Innovationspolitik am University College London hielt den Auftaktvortrag über „eine Zweck- und Auftragsorientierte Politik im Mittelpunkt eines neuen Sozialvertrags für die Arbeit“. Sie verwies auf die zentrale These in ihrem Buch „Das Kapital des Staates“, für das sie 2016 den Hanns-Matthöfer-Preises für Wirtschaftspublizistik der FES erhalten hatte, und erläuterte, dass es staatliches, also kollektives Kapital war, das bei den meisten grundlegenden Innovationen den Anschlag gegeben hat und dass es darum gehe, die damit geschaffene Wertschöpfung neu zu bewerten und zu messen. Sie hob die Notwendigkeit einer Agenda des Gemeinwohls hervor, um die Ziele nachhaltiger Entwicklung zu erreichen. Darüber hinaus betonte sie die Bedeutung der Neugestaltung von Verträgen, Institutionen und Programmen und die Festlegung klaren Bedingungen so, dass sie für alle von Nutzen sind. Dies erläuterte sie anhand des Beispiels der Impfstoffe gegen den Covid-19, die zwar kollektiv (mit massiver Finanzierung durch staatliche Investitionen) geschaffen wurden, die eigentliche Aufgabe, sie für die Allgemeinheit, insbesondere im globalen Süden, verfügbar zu machen, aber nicht erreicht wurde.



**Veronica Nilsson**, die designierte Generalsekretärin des TUAC, des gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD, betonte in ihrem Kommentar, dass öffentliche Investoren nicht nur die Risiken, sondern auch die Gewinne teilen müssten, denn sie tragen ja zur Wertschöpfung bei. Sie hob das Modell eines „Stakeholder Capitalism“ hervor, in dem die Bedürfnisse der Gesellschaft, einschließlich die der Beschäftigten, berücksichtigt werden müssen. Neue Finanzinstitutionen, ein neuer Sozialvertrag sowie die Einrichtung von staatlichen Wohlfahrtsfonds (Public Wealth Funds) seien notwendig.



In der anschließenden Diskussion betonte zunächst **Salvatore Marra** vom italienischen Gewerkschaftsbund CGIL die Bedeutung der Beteiligung der Beschäftigten für einen richtigen Wandel. **Pier Paolo Bombardieri** vom italienischen Gewerkschaftsbund UIL erläuterte die Wichtigkeit der Einbeziehung von Ländern, die nicht zu G7 Staaten angehören, um die Gleichheit gewährleisten zu können. Außerdem sei die Forderung von Umverteilung und mehr sozialer Verantwortung von Unternehmen wesentlich. **Giulio Romani** vom italienischen Gewerkschaftsbund CISL beklagte den Mangel an Regulierung und das Problem, dass der Schwerpunkt auf kurzfristige Gewinne, aber nicht auf langfristige Ziele wie Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gesetzt werden. **Catherine Feingold**, internationale Sekretärin des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO hob das Problem politischer Einschränkung und ungleicher



Mitgestaltung in den USA hinsichtlich der Transformation hervor. Außerdem wies sie auf die Bedeutung der Schaffung von „sauberen“ Lieferketten hin.



**Kemal Özkan**, stellvertretender Generalsekretär des globalen Gewerkschaftsverbandes IndustriAll fasste die Herausforderungen der Weltgemeinschaft zusammen: Frieden, Menschenrechte, Klimawandel, Aufbau eines neuen Sozialvertrages und die Beteiligung der Gewerkschaften an diesem Prozess, Bekämpfung der Armut, Gewährleistung der Gesundheit für alle sowie eine neue Industriestrategie, die auch den Globalen Süden umfasst.

**Sharan Burrow**, die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB betonte das besondere Gewicht des Vertrauens gegenüber Gewerkschaften sowie die Beteiligung von Beschäftigten in Entscheidungsprozessen. Investitionen im Bereich der Pflege, der Gesundheit und der Ausbildung seien die Grundlage für die Gewährleistung sozialer Sicherheit in der Gesellschaft.



In dem zweiten Themenblock „Ein gerechter Übergang zur Klimaneutralität“ hob zunächst der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, **Michael Kellner** die Verwirklichung der Pariser Ziele als größte Herausforderung der internationalen Gemeinschaft hervor. Deutschland arbeite sowohl an einem Gesetz über erneuerbare Energie als auch an Finanzierungsrichtlinien. Ein weiterer, aktueller Schwerpunkt im Ministerium sei das Erreichen der Unabhängigkeit von Importen von russischem Erdöl und Erdgas. Dazu bedarf es einer Beschleunigung der Energiewende hin zu erneuerbaren

Energieträgern. Es sei wesentlich, dass die internationale Gemeinschaft ihre Versprechen zur Eindämmung des Klimawandels einhält.

In der anschließenden Debatte betonte **Luca Visentini**, Generalsekretär des europäischen Gewerkschaftsbundes EGB, dass die kurzfristige Lösung bezüglich des Defizits an Rohstoffen wäre, sie aus anderen Ländern aus Afrika und dem Nahen Osten zu bringen. Allerdings dürften wir dabei keinen „Neokolonialismus“ schaffen, bei dem der globale Süden für andere Länder den Preis zahlt. Für **Stephen Russel** vom britischen Gewerkschaftsbund TUC stand in seinem Beitrag im Vordergrund,





dass nicht kurzfristige, sondern nachhaltige Ziele ausschlaggebend seien. **Kwasi Adu Amankwah**, Generalsekretär des afrikanischen Regionalverbandes des IGB unterstrich die prioritäre Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, nämlich Menschenleben zu retten und wies auf existenzielle Probleme wie das Trinkwasser in Afrika hin. Ohne dies seien auch die nachhaltigen Ziele nicht realisierbar.

Der zweite Konferenztag begann mit einem Themenblock zu „Lernen aus der Pandemie – Neuer Schwung für globale Solidarität“. **Rosa Pavanelli**, Generalsekretärin des globalen Gewerkschaftsverbandes der Beschäftigten im öffentlichen Sektor, PSI ging in ihrem Eingangsstatement auf die Schwäche der Wirtschaft, nicht funktionierende globalen Lieferketten, Ausnutzung staatlicher Unterstützung durch Unternehmen, Impfstoff-Apartheid und die oft unerträglichen Arbeitsbedingungen von systemrelevanten Beschäftigte ein. **Kemal Özkan** von IndustriAll betonte einerseits die Stärkung der globalen Solidarität durch die Pandemie und andererseits Misserfolge hinsichtlich des sozialen Schutzes, insbesondere im Bereich der Textilindustrie. Er kritisierte die ILO für ihr Versagen während der Pandemie hinsichtlich der Gewährleistung des Schutzes von Beschäftigten. Auch die EU tue nicht genug, insbesondere bezüglich der Menschenrechte und der Arbeitsrechte z.B. in Myanmar.



**Tomoyuki Yagi** vom japanischen Gewerkschaftsbund RENGO schilderte die Erfolge der Gewerkschaften in Japan während der Pandemie, die sich z.B. für die staatliche, finanzielle Unterstützung der Beschäftigten, Informationsstellen für die Beantwortung von Fragen von Beschäftigten, die Einrichtung eines Crowdfunding-Systems von Studierenden sowie die Unterstützung von Stipendiaten eingesetzt haben. **Kwasi Adu Amankwah** vom Regionalverband Afrika des IGB hob das Problem der Abhängigkeit von Lieferketten hervor

und betonte die Notwendigkeit von mehr Kapazitäten in Afrika, um die notwendigen Produkte produzieren zu können. **Rafael Freire**, Generalsekretär des lateinamerikanischen Regionalverbandes des IGB wies auf das Vertrauen der Beschäftigten gegenüber Gewerkschaften in Lateinamerika hin und betonte die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsmodells, bei dem Arbeit und Beschäftigung im Mittelpunkt stehen sollten.



**Andreas Botsch**, Internationaler Sekretär des DGB machte die Notwendigkeit einer globalen Reaktion auf die globale Krise deutlich, insbesondere hinsichtlich der gerechten Kapitalverteilung. Darüber hinaus betonte er das Recht auf Arbeitssicherheit als ein fundamentales Recht. **Yvan Ricordeau**, internationaler Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes CFDT nahm Bezug auf das Problem der Kapitalkonzentration und warf die Frage der Umverteilung des Reichtums auf. **Giuseppe**



**Iuliano** von italienischen Gewerkschaftsbund CISL hob hervor, dass Länder nicht abgänglich von der Lieferung von Impfstoffen sein sollten, sondern unterstützt werden müssten, um diese selbst herzustellen. **Yasmin Fahimi**, die Vorsitzende des DGB erläuterte ihre Sorge, dass die zwischen der EU und Afrika geschlossenen Handelsverträge für Afrika nachteilig seien. Außerdem solle die Bundesregierung



mehr Verantwortung übernehmen, um die Herstellung von Impfstoffen in Afrika und Lateinamerika zu ermöglichen.

Im letzten thematischen Block der Konferenz ging es um „Demokratie und Arbeitnehmer\*innenrechte im Digitalisierungsprozess und entlang globaler Lieferketten“. **Hubertus Heil**, Bundesminister für Arbeit und Soziales machte am Anfang seiner Rede deutlich, dass neben Frieden- und Sicherheit auch die Arbeit, die soziale Sicherheit und der Klimawandel im Vordergrund für die Regierung stehen, dies seien Zentrale Themen für den G7 Gipfel. Hinsichtlich der globalen Lieferketten und für die Sanktionierung von Unternehmen im Falle einer Verletzung ihrer Sorgfaltspflichten sei – nach der erfolgreichen Verabschiedung des deutschen Lieferkettengesetzes – eine europäische Richtlinie zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten notwendig. Angesichts der Herausforderungen, die die Digitalisierung für die Beschäftigten stelle, arbeite sein Ministerium derzeit an einem Datenschutzgesetz für Beschäftigten.



In ihrem anschließenden Kommentar erklärte **Christina Colclough**, Direktorin des „Why Not Lab“, dass Menschenrechte tagtäglich durch digitale Technologien missbraucht werden. Sie verwies auf die



Gründungsdokumente der ILO in denen steht, dass Arbeit keine Ware ist. Mit der zunehmenden „Datafizierung“ wird Arbeit aber mehr und mehr zur Ware. Viel wird in den laufenden Regulierungsbemühungen für Künstliche Intelligent von der Setzung von Standards und von Zertifizierung gesprochen. Aber Datensystem sind keine statischen, sondern fluide Systeme und bei deren Regulierung müssen die Beschäftigten eingezogen sein. „Co-Governance“ ist ein unbedingtes Muss! Christina Colclough führte weiterhin aus, dass die weithin akzeptierte Forderung nach einem „freien Datenfluss“ gefährlich sei, denn der freie Fluss bedeute noch lange nicht den freien Zugang zu Daten.

Wenn wir aber über unser Leben nicht entscheiden können, sondern durch „algorithmische Kontrolle“ bestimmt sind, ist uns die Freiheit verwehrt. Zum Schluss stellte sie noch die provokante Frage: Haben wir eigentlich die Kompetenzen um verantwortungsvoll und menschenrechtskonform Daten zu regulieren? Die klare Antwort: Nein! Gegenwärtig gilt: „Wir wissen nicht, was wir nicht wissen“.

**Yasmin Fahimi** hob das Problem der Lieferkette- und Rohstoffabhängigkeit hervor. Es sei ein Bündnis der Verlässlichen für die Aufbau der Lieferketten sowie für die partnerschaftliche Kontrolle von unternehmerischen Sorgfaltspflichten erforderlich. **Rafael Freire** drückte sein Bedauern aus, dass Lateinamerika weit entfernt von einer Rechtsgrundlage über die Lieferketten und Sorgfaltspflichten sei. **Luca Visentini** kritisierte den derzeitigen Vorschlag der Europäischen Kommission für die Richtlinie zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten als zu wenig ambitioniert und wies auf die Gefahr hin, dass die Spaltung beschleunigt wird, wenn die Fortschritte auf EU begrenzt werden. **Christina Colclough** äußerte sich hinsichtlich des Datenschutzes am Arbeitsplatz und betonte die Gefahren des freien Datenflusses und die Unterwerfung von Beschäftigten unter algorithmische Kontrolle: „Wir müssen wissen, wie die Technologie aus dem Blickwinkel der Menschenrechte gesichert ist“. **Isabelle Schömann**, Konföderalsekretärin beim EGB, erläuterte, dass es um die Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz gehe. Sie wies auf das Problem einseitiger Macht von Unternehmen und fehlende Unterstützung von Opfern hin. **Sharan Burrow** (IGB) nahm den Bezug auf die

Diskussionen über die Ersetzung von Arbeitskräften durch die künstliche Intelligenz und betonte die Notwendigkeit der menschlichen Kontrolle.

Zum Abschluss der Konferenz die Präsidentschaft des L7-Vorsitzende des japanischen Rengo, **Tomoko Yoshino**. 2023 Vorsitz der G7.



übergab **Yasmin Fahimi** Dialogs an die Gewerkschaftsbundes übernimmt Japan den



Alle Fotos in diesem Bericht sind von **Stefan Zeitz**